

Salleche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 52.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Verlagspreis für Halle und Gerbig 2,50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die halbjährige Zeitung erhebt sich auf 10 Mk. Einmalige Belegungen: halbjährlich 5 Mk. Einmalige Belegungen: halbjährlich 5 Mk. Einmalige Belegungen: halbjährlich 5 Mk.

Erste Ausgabe

Abgabegebühren für die Reichspostämter sind: durch den Postbeamten für Halle a. S. den halbjährlichen 20 Mk. durch den Postbeamten am Schluß des abgabenden Monats die halbjährliche 100 Mk. Abgabegebühren für die Reichspostämter sind: durch den Postbeamten für Halle a. S. den halbjährlichen 20 Mk. durch den Postbeamten am Schluß des abgabenden Monats die halbjährliche 100 Mk.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62. Telefon 155 u. 158; Redaktionstelefon 1272. Verleger Dr. Walter Gebertleben in Halle a. S.

Donnerstag, 1. Februar 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon AM Kurfirst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

„Das Volk hat gesprochen.“

„Das Volk hat gesprochen; man müßte seine Freie absichtlich verstoßen, wollte man seinen klaren und deutlichen Willen nicht hören.“ So ist es zu lesen im „Berliner Tageblatt“, dem radikalen Grundeisgenossen der Linken. Derlesten Verkündung begegnet man jetzt in Hunderten von Zeitungstimmungen zur Rechten und Linken von der Fortschrittlichen Volkspartei. In der Presse der Sozialdemokratie wird das Thema vom Volksgericht, das angeblich seinen weiten und gerechten Urteilsspruch abgegeben hat, bereits seit dem für die Sozi gewonnenen Ausgang der Hauptwahlen in den namhaftesten Formen verarbeitet; die nationalliberalen Blätter waren, so lange ihre Partei in bedenkltester Rufung vor den Wählern stand, vorläufig etwas zurückhaltender. Nachdem die letzten Stichwahlen den liberalen Parteien einen beträchtlichen Zuschuß an Mandaten zugeführt haben, wird die Legende vom Strafgericht des souveränen Volkes über seine vermeintlichen Widersacher auf der Rechten nun auch in den Blättern des gemäßigten Liberalismus mit Begehren großgezogen. Mit der Verortigung von einem über die Konterobativen verhängten Strafgericht hängt es auch zusammen, daß der Liberalismus die eigenen schweren Niederlagen möglichst distinkt behandelt, um harmlose Gemüter nicht zum Nachdenken darüber anzuregen.

Wer nur die Wahrheit bekennen will, wird feststellen müssen, daß, wenn überhaupt der Begriff einer Verurteilung auf Grund der Ergebnisse der Reichstagswahlen anwendbar ist, alle bürgerlichen Parteien als gerichtet angesehen werden. Die eine mehr, die andere weniger — wie schwer für die einzelne Partei die Verurteilung ausfallen ist, läßt sich aus den nachdenklichen Nachfragen nicht ableiten, obgleich es an liberalen Wahlkonferenzen nicht fehlt, die den tieferen Sinn der Wahlresultate so umzuwenden wissen, daß aller Schatten nach rechts fällt und die Linke in fremdlicher Gelbigkeit sich zu präsentieren vermag.

Die Jubelrufe der liberalen Presse sind auch sonst je unangebracht; in ihnen verraten sich wohl nachlässige Gesühle gegenüber den Konterobativen, sie können aber wenigstens bei den Nationalliberalen, unmöglich einer freudigen Bewegung entkommen. Der Liberalismus wird auch bei mäßiger Einsicht in die unter öffentlichen Leben beherrschenden Zusammenhänge sich eingestehen müssen, daß er vor einem politischen Arbeitstische steht, dessen Bekämpfung im Sinne der fortschrittlichen Tendenzen mit einer Unmenge von Schwierigkeiten verknüpft sein muß. Die nationalliberalen Reichstagsabgeordneten werden überreichliche Gelegenheit haben, die Frage sich vorlegen zu müssen, wie die Grenzen des „Fortritts“ für eine Partei abzudecken sind, die nicht allein liberal sein will, sondern auch auf ihren nationalen Charakter einigen Wert legt. Es bedarf eines Begehrens, um den Zerfall der liberalen Volksgemeinschaft bei Inangriffnahme der politischen Arbeiten im Reichsparlament voranzutreiben. Mag die nationalliberale Partei auch beim Zwang zum Schaffen mit ihren parteipolitischen Anschauungen ein beträchtliches Stück nach links rücken, so wird sie doch binnen kurzem die Erfahrung machen, daß sie dem Radikalismus einer bürgerlichen Demokratie, die unter der Fuchtel der Not steht, nicht gerecht werden kann, ohne ihre Begegnung preiszugeben. Nicht die nach liberaler Meinung unterliegenden Konterobativen, sondern die nach eigenen Kriterien freigelegten Liberalen gehen einer schweren Prüfungzeit entgegen. Die Konterobativen werden ihren tief aufgegebenen Ueberzeugungen treu bleiben und dem Aufstieg der radikalen Elemente auf die Grundfesten unseres nationalen Staatswesens pflichtgemäß mit allen Kräften sich entgegenstellen; sie werden häufiger sich vielleicht auf die Seitenbeistand leisten müssen, dagegen werden die Liberalen die verantwortliche Aufgabe zugehen, niederzulegen und wieder aufzubauen, ohne daß der Gesamtorganismus erschlüffert wird. Und sie werden nicht Mühseligkeit oder Abneigung vorziehen dürfen, denn hinter ihnen steht mit drohender Gebärde der rote Antreiber, dem der Liberalismus wegen der Wahlhilfe verpflichtet ist und mit dem er im Gellenbuden der nächstliegenden Wahlen an die gesetzgebenden Gewalten vielfach eines Sinnes ist.

In der Mächtigkeit der Tagesarbeit wird man sich heimlicher Feind der liberalen Brust sich entringen, wenn die roten Sieger von Philipp herrlich ihren Tribut von den Verbindeten einfordern werden. Die Sozialdemokratie ist, wie heute schon ihr Hauptwort anknüpft, zu allem entschlossen; sie will dem ungehörigen Kapitalismus, also der gegenwärtig bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung, kein Entinnen mehr gönnen, und ist überzeugt, daß dessen Schicksalsstunde geschlagen hat. Und zu diesem Umbruz sollen nunmehr die Liberalen das übrige beitragen, denn die Vermischung der monarchischen und sozialen Einrichtungen des Reiches und die Verwirklichung erst demokratischer Neuordnungen wird, wenn von der Sozialdemokratie schonungslos eröffnet wird, ihre nächste Pflicht sein. „Die Sozialdemokratie hat gewollt, daß die Liberalen Gelegenheit haben, ihren Worten Taten folgen zu lassen.“ Das ist die Sprache des revolutionären Diktators zu seinen unterjochten Wahfengenosse! Im Armeebefehl des „Vorwärts“ heißt es weiter:

Die Liberalen tragen jetzt die Verantwortung. Die Sozialdemokratie wird innerhalb des Reichstages ihre ganze Macht einsetzen, um die Demokratisierung Deutschlands zu fördern. Die Lage der arbeitenden Klassen durch sozialpolitische Reformen zu verbessern, gegen die Not der Leuzerung und der Steuerlasten wirksame Maßregeln durchzuführen. Wir wissen, daß wir von keiner bürgerlichen Partei in unserem Kampf gegen den Imperialismus und seine Begleiterscheinungen — Wettläufen, Kolonialpolitik, Schutzzölle — wirksame Unterstützung zu erwarten haben. Aber die Liberalen haben gelobt, für freie politische Entwicklung und für soziale Verbesserung einzutreten. Da wollen wir sie beim Worte nehmen, da wird es sich zeigen, ob sie den Willen und die Kraft haben, ihr eigenes Programm durchzuführen. Wenn uns toll es nicht liegt, wenn der Reaktion in Deutschland ein Ende gemacht werden soll.

Das revolutionäre Programm, für dessen Durchführung der Liberalismus sich einsetzen soll, ist hier zwar nur angedeutet, wird aber in der sozialdemokratischen Provinzpresse schon seit Tagen deutlicher umschrieben. Dort werden als die Probleme für den nächsten Reichstag aufgezählt: Kampf gegen die Leuzerung und die Agrarfrage, Sicherung voller Koalitionsfreiheit, Umwandlung des Steuerfiskus zur Entlastung der unbemittelten Volksschichten, Maßregeln gegen das Wettläufen und für den Weltfrieden und dergleichen erbauliche „Reformen“ noch mehr.

Der Hinweis auf diese sozialdemokratischen Forderungen ist nicht einmal beläugelt, wenn wir die Kundgebungen liberaler Blätter zu den „Notwendigkeiten des Tages“ daneben stellen. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt in Erstabe: „Mit dem Wahltschlachtfeld weht die Fahne des liberalen und sozialen Fortschritts.“ Der Reichstag werde jedenfalls wissen, was er nunmehr zu tun hat, und auch die verbündeten Regierungen würden sich diesen Volkswillen unmöglich ablehnen gegenüberstellen können. Die gleiche Meinung von einer radikalen Umleitung der bisherigen Regierungsmagazine wird unisono in allen Auslassungen der fortschrittlichen Volkspartei vertreten. Die „Politische Zeitung“ schreibt: „Die politische Lage erheischt eine neue Taktik, eine neue Methode, und wer sich dieser Erkenntnis verweigert, wer der Förderung des Landes nicht genügt, über den geht das Rad der Geschichte hinweg!“ Die Handabundogene unterschreiben folgende Sätze natürlich Wort für Wort, und doch die neuernannten liberalen Reformatoren alleamt, wie der Handabund mitteilt, seine Bundesbrüder und Freunde.

Wie die nationalliberale Partei inmitten der anbrechenden Sturm- und Trampelode des Radikalismus Stellung nehmen wird, mag zunächst dahingestellt bleiben. Herr Baffermann wird von der Sozialdemokratie das Zeugnis eines halbwegs einflussreichen Politikers ausgefertigt, weil er sich bereit hat, von der Regierung eine mehr „volkstümliche“ Politik zu fordern. Was hierunter zu verstehen ist, wird sehr vielen als ein dunkles Geheimnis des Parteiführers erscheinen, man kann aber ungefähr erraten, welche Ueberzeugungen zu erwarten sind, wenn man die liberalen und sozialdemokratischen Bahlaufrufe sich nachlässig ansieht. Das Volk hat gesprochen — so hören wir es heute von der Linken, also ist der Inhalt jener Bahlaufrufe vom König Demos in Gnaden genehmigt worden. Die Regierung findet dort alles Material für ein neues Aktionsprogramm nach dem Herzen der Linken.

Aus dem Landtage.

Das preussische Abgeordnetenhaus trat am 30. Januar wieder zusammen unter Vorsitz des Präsidenten von Frhrn. v. Erffa und begann mit der ersten Sitzung des Etats. Als erster Redner erklärte der konervative Abgeordnete v. Bappenhorn, die letzte Einbringung des Landtages erweise zwar die Arbeiten, aber es sei auf alle Weise zu vermeiden, den Etat noch rechtzeitig fertigzustellen. Der Etat mache einen günstigen Eindruck und beruhe auf gesunder Grundlage. Bei den preussischen Finanzverhältnissen hätten sich die gegenwärtigen Folgen der Reichsfinanzreform in hervorragender Weise gezeigt. Redner ging kurz auf die einzelnen Etats ein, berührte u. a. die Frage des Kohlenpreises, die Lage der Arbeiter und Beamten besonders in der Eisenbahnverwaltung, sowie der Altpensionäre, und betonte zum Schluß unter fürnehmlichem Beifall, die Aufgabe des Staates sei es nicht nur, auf eine geordnete Finanzwirtschaft zu halten, es müsse vor allem auch die Autorität des monarchischen Staates mit allen Mitteln aufrechterhalten werden. Der Zentrumsgabgeordnete Gerold sprach ebenfalls seine Zufriedenheit mit der finanziellen Lage aus, knüpfte

daran aber eine Reihe von Wünschen und forderte, daß von der Regierung der Erhaltung der Religion im Volk mehr Beachtung geschenkt werde. Gegenüber der drohenden Gefahr von jeter der Sozialdemokratie helfe nur die Religion. Zum Schluß beirach Redner die Reichstagswahlen und erklärte, die Sozialdemokratie werde ihre Ansprüche in erster Linie der unglücklichen Verhebung durch die liberale Presse. Der Wahlkampf sei zu Ende und die bürgerlichen Parteien sollten sich zu gemeinsamer Arbeit wieder die Hand reichen. Der Sozialdemokrat Grisch nahm hierauf das Wort zu einigen unehrlichen Bemerkungen über die Wahlen, sowie zu Angriffen auf das Dreiklassenwahlrecht. Dann verlegte sich das Haus auf Mittwoh.

Gesetzentwurf über die Reinigung öffentlicher Wege.

Dem preussischen Abgeordnetenhause ist ein Gesetzentwurf über die Reinigung öffentlicher Wege zugegangen, der das bereits in der vorjährigen Session behandelte, aber unerledigt gebliebene Thema wieder aufnimmt. Die Vorlage destellen Inhalts vom Jahre 1911 war im Herrenhause zunächst unverändert angenommen, vom Abgeordnetenhause jedoch abgeändert worden. Die zwischen den beiden Häusern bestehenden Meinungsverschiedenheiten sind durch das Entgegengommen des Herrenhauses ausgelöscht bis auf eine wichtige Streitfrage, deren Regelung daher in der neuen Vorlage außer Betracht geblieben ist. Die Beschlüsse des Herrenhauses vom 28. Juni 1911 liegen dem gegenwärtigen Gesetzentwurf zu Grunde.

Die für den Inhalt des Gesetzes maßgebende Bestimmung lautet (§ 1):

„Die vollständigige Reinigung öffentlicher Wege einschließlich der Sommerung, des Streunens mit abflutenden Stoffen und des Beprägens mit Absäumung von Staubentmüdung liegt — soweit hierzu nicht ein anderer nach den Bestimmungen dieses Gesetzes verpflichtet ist — als eine von der Ortspolizeibehörde erzwingbare öffentliche Last derjenigen Gemeinde ob, zu deren Bezirk der Weg gehört.“

Zum Verständnis dieser Bestimmung diene folgendes: Die „vollständigige Reinigung“ ist kein Teil der Wegebau, sondern dient, von Verkehrsrückständen abgesehen, auch weitergehenden Anforderungen, z. B. der Gesundheitspflege und Keuschheit. Inwiefern ein Bedürfnis zu einer solchen periodischen Reinigung gegeben ist, ist nur von Fall zu Fall zu entscheiden, wird aber auf dem Lande gemeinhin nicht vorhanden sein, ertreht sich jedenfalls in der Regel nur auf Sträßchen. Eine positive Regelung der Reinigungspflicht ist bisher nicht erfolgt; auch die Rechtsprechung bietet keine genügende Klarlegung der unfrühen Frage. Doch stimmen Reichsgericht, Oberverwaltungsgericht und Kammergericht in wesentlichen darin überein, daß die angegebene Wegereinigung eine Polizeilast sei, deren Erfüllung also von der Polizei geleistet und erzwungen werden kann. Die Verpflichtung liegt auf der Gemeinde, falls nicht besondere Rechtsnormen bestehen. Inwiefern aber durch solche Normen, Statute usw. die Pflicht von den Gemeinden auf andere, insbesondere auf die Anlieger abgehoben werden darf, ist strittig. Kurz, der Rechtszustand ist zurzeit so unklar, daß dessen feste Normierung wünschenswert erscheint.

Der vorliegende Gesetzentwurf folgt im wesentlichen nur die geltenden Verpflichtungen zur polizeimäßigen Reinigung zusammen. Die Polizeibehörden sollen hier nach mit ihren Anforderungen nicht über das, was nach den örtlichen Verhältnissen notwendig ist, hinausgehen. In einer Ausführungsanweisung werden sie noch besonders darauf hingewiesen, daß sie auch künftighin eine Wegereinigung der oben angegebenen Art nicht verlangen dürfen, wenn ein Bedürfnis hierzu bisher nicht bestanden hat und die örtlichen Verhältnisse sich nicht geändert haben. Träger der Reinigungsverpflichtung bleibt die Gemeinde (in Ortsbezirken der Gutsbesitzer) inwieweit, als nicht ein anderer nach örtlichen Rechtsnormen verpflichtet ist. Das bestehende örtliche Recht wird im allgemeinen aufrechterhalten, weil seine gänzliche Aufhebung einen nicht zu rechtfertigenden Eingriff in altgewohnte und zum Teil auch bewährte Verhältnisse bedeuten würde. Eine Verbesserung des bestehenden Rechtes wird hauptsächlich in folgender Weise erreicht:

Für die Fortentwicklung des örtlichen Rechts durch Ortsstatuten wird eine sichere gesetzliche Grundlage geschaffen, und zwar dadurch, daß die polizeimäßige Reinigung ganz oder teilweise eine Polizeilast der Gemeinde oder der Anlieger wird. Dem Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden wird hierbei weitesteter Spielraum gelassen; es soll auch geleglich nicht etwa dahin eingeschränkt werden, daß die Uebertragung der Reinigungsspflicht auf die Anlieger nicht zulässig sein soll. Eine Uebergangsbestimmung stellt für die vorhandenen Ortsstatuten fest, unter welchen Voraussetzungen sie aufrechterhalten sind. Die Ent-

Hebung neuer Oberbänken wird ausgeschlossen, um die Wechselseitigkeit nicht zu vergrößern.
Im Einklang mit dem vorjährigen Geleitbannurteil über den Gehörten, über die Abführung der Hosen, welche den Gehörten aus der Abführung erwarten durch Kommunalabgaben Anordnungen zu treffen. In dieser Frage war im Landtag eine Verständigung der beiden Häuser nicht erreicht worden. Wie die Schwierigkeiten der Finanzierung der kommenden Feinigung öffentlicher Wege zu beseitigen wären, soll erst bei der Revision des Kommunalabgabengesetzes erörtert und entschieden werden.
Der Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Gesetzes ist auf den 1. April 1913 angesetzt worden.

Ueber das Thema „Der neue Wehrverein“

geht uns folgende Aufschrift an:
Auf den Artikel in Nr. 30 (1. Ausgabe) der „Salzburger Zeitung“, „Von neuen Wehrvereinen“ möchte ich folgendes erwidern:

Ich war in der Gründungsversammlung des Wehrvereins am Sonntag zugegen und bin durch den ganzen Verlauf dieser, imphantischen Versammlung außerordentlich bestirbt, über die Überzeugungen, Meinungen oder habe ich dabei den Eindruck gewonnen, daß General Heim seine neue Gründung zu einer „Fiktion des Mittelalters“ verband, um zu einem „nationalistischen Verein“ zu machen beabsichtigt. Sein Ziel ist vielmehr, unter Ausnutzung jeder parteipolitischen Verfehlung und unter Heranziehung aller deutsch denkenden und fühlenden Männer und Frauen das deutsche Volk wieder zu dem zu machen, was es im Hinblick auf seine so ringsum umgebenden neidischen oder reanchelischen Feinde mit Notwendigkeit sein muß: zu einem kriegerischen. Denn ein Volk, das jederzeit von seinen militärisch immer mehr erscheinenden Nachbarn überfallen werden kann, muß kriegerisch im besten Sinne des Wortes sein, d. h. nicht wehrlos, sondern toujours en vedette. Diese Gedanken durchzogen sämtliche Reden des Nachmittags, ganz besonders aber die vorzüglichen Ausführungen des Generalleutnants Altmann, der einerseits die Mängel unserer Armee gegenüber unseren vorantastenden Gegnern darlegte und Mitleid zu deren Verfehlung empfahl, andererseits aber in überzeugender Weise zeigte, wo der Hebel anzusetzen sei, nämlich in der Verfestigung unseres Volkes, in dem Aufleben des unterer Generation abhanden gekommenen männlich-deutschen kriegerischen Geistes.

Sollte es sich nun herausstellen, daß dem General Heim wirklich „wieder das Temperament durchgeht“, so dürfte jederzeit noch Gelegenheit sein, zu „brennen“, dafür geben meines Erachtens schon die Namen der Männer verschiedener Parteien, welche dem Vorstand oder Ausschuss angehören, hinreichend Gewähr. Ich halte es aber für gefährlich, unter Umständen sogar für schädlich, noch bevor der Verein wirklich in die Erscheinung getreten ist, zu kritisieren, selbst wenn diese Kritik gut gemeint ist. Denn es ist bekannt, wie leicht Voreingenommenheiten geübt werden, die später oft gar nicht wieder zu betätigen sind, und die daher zweifellos außerordentlich wichtigen Sache nur zum Nachteil gereichen können. Im übrigen wird es die Aufgabe der zu bildenden Ortsgruppen sein, die dem Wehrverein zu Grunde liegenden Gedanken tief ins Volk einzutragen.
Dr. H. L.

Der italienisch-türkische Krieg.

Vom Kriegsjahnpunkt.

Wie die „Agenzia Stefani“ aus Bengasi meldet, hatte eine Abteilung italienischer Kavallerie, die sich auf einem Erkundungszug befand, am 29. Januar einen Zusammenstoß mit einigen hundert Beduinen, bei dem die Beduinen wurden mit Verlusten in die Flucht gejagt, die Italiener wollten keine Verluste gehabt haben.

Noch immer die französisch-italienischen Zwischenfälle.

Aus Marseille wird gemeldet: Am Dienstag wurden die 20 Mitglieder des Rates Halbmundes von der „Manuba“ durch die Regierungskommission einer Prüfung unterzogen. Das Ergebnis derselben stellte fest, daß drei der Räte vernunftlos, acht Frankreichsfeindlich und achtzehn Vagabunden sind. Das Resultat der Prüfung war gar keine Überraschung; sämtliche Räte gelten erachte und prompt entlassen. Die Prüfungskommission wird einen amtlichen Bericht über das Ergebnis veröffentlichen.

Deutsches Reich.

* Kaiser und Kaiserin. Der Kaiser sprach am Dienstag morgen beim Reichstagsanfang vor. Um 12 Uhr besichtigte der Kaiser im Weißen Saale des königlichen Schlosses die in Meer- und Marine eintretenden Kadetten. Der Kaiser nahm hierbei die Meldung des Prinzen Achill von Siam entgegen, sowie diejenige des österreichisch-ungarischen Militärattachés, Majors Fejn, von Wien, über die Unterzeichnung des Militär-Schematismus.

* Das Kronprinzenpaar tritt am heutigen Mittwoch nachmittags die Reise nach Celerina in der Schweiz im strengsten Anzügen an.

* Todesfall. Erzlegation Generalleutnant z. S. Sarweh, Inhaber des Eisernen Kreuzes erster Klasse, ist am 30. Januar im Alter von 76 Jahren in Charlottenburg gestorben.

* Nur keine Deutsche! Die „Freiwillige Zeitung“ registriert unter Ausdrücken tiefer Entrüstung folgenden Anfall der sozialdemokratischen „Bremer Bürgerzeitung“: „Der Liberalismus, die politische Vorgesellschaft, ist es, dessen Enttarnung bis an den Grund der politischen Gesellschaft von Stufe zu Stufe erfolgen läßt. Der Liberalismus ist schon heute auf einer Stufe der Verkommenheit angelangt, daß, könnte er im Augenblicke in eine Schandfäule verhandelt und auf öffentlichem Markte aufgestellt werden, die Hunde sich genieren würden, ihre Pfoten an ihm zu verkrüppeln. In Schanden und Verachtung empfangen, faumelt er von einer Prostitution in die andere. Rettunglos geht er dem Verfall und der Auflösung entgegen. Nicht imstande, im Hauptkampf auch nur halbes Dutzend Kanonen zu erobern, allen Vertrauens der Wählerinnen dar, muß er sich auf die Schwachheit der anderen Parteien verlassen, um auf Straßen humpelnd und lächelnd in den Reichstag kriechen zu können. Es ist ein Mitschuldiger politischer Defekanz, das der Liberalismus der Welt bietet.“

Gewiß, dieser Ton verrät den ganzen ungründlichen Tiefstand sozialdemokratischer Moral und Denkart. Nur wird die „Freiwillige Zeitung“ nicht beanstandet werden wollen, daß ihre Entrüstung ernst genommen wird, wenn sie ihre Stellung zur heutigen innersocialistischen Gesamtlage in Beziehung zieht mit dem, was sie selbst am 21. Juni 1908 über die Sozialdemokratie geschrieben hat: „Mit dieser Partei politisch zusammenzuarbeiten, heißt sich zum Mitschuldigen machen an der Arbeit, die für die Sozialdemokratie die Hauptfrage ist: die moralische Fortbildung des deutschen Volkes.“

* Der ehemalige Oberleutnant der „Reichswehr“, Friedrich Schenk, ist am 31. Januar früh nach kurzem Krankenlager in Berlin gestorben.

* Russischer Handel mit Deutschland. Die Hauptverwaltung für russische Landwirtschaft hat dem Verkehrsministerium beauftragt, zur Regulierung des Handels mit dem Riesenreich Verträge auf der Welt zu schließen.

* Aus dem eisen-steinigen Sauberg. In der zweiten Kammer des Reichstages brachte der Unterstaatssekretär Köhler den Etat für das Jahr 1912 ein, wobei er auf die Notwendigkeit einer Steuerreform hinwies. Zum Schluß teilte er mit, daß von der letzten Rate von 425 000 Mk. die für den Aufbruch der Hofbibliothek bestimmt waren, 56 000 Mk. unvertreten an den Etat zurückgegeben sind.

Ausland.

Das deutsch-französische Abkommen und der französische Senat.

In der Senatsitzung am 30. Januar beantragte der Vorsitzende der Senatskommission zur Prüfung des deutsch-französischen Abkommens Ribot, der Senat solle so bald wie möglich mit der Beratung des Abkommens beginnen. Der Bericht über das Abkommen ist im Senat verteilt worden. Finanzminister Klotz teilte mit, daß Ministerpräsident Poincaré durch die Verhandlungen über die Interpellationen bezüglich Tunis in der Kammer am Erscheinen verhindert sei, und schlug vor, am Donnerstag die Budgetberatung zu beginnen und am nächsten Montag die Erörterung über das Abkommen anzulegen, die ohne Unterbrechung in den folgenden Tagen fortgesetzt werden solle und drei oder vier Sitzungen in Anspruch nehmen dürfte. Der Senat nahm diesen Vorschlag einstimmig an.

Eine andere Meldung indessen, die bei Schluß der Session eintraf, lautet: Das deutsch-französische Warokoff-Abkommen gelangt am nächsten Montag vor dem Plenum des französischen Senats zur Verhandlung. Die Erörterung des Abkommens dürfte etwa 30 Stunden in Anspruch nehmen.

Die Revolution in Persien.

Eine nach Teheran entsandte Abteilung der Aufständischen hat die Regierungstruppen geschlagen. Letztere hatten viele Tote und Verwundete, während die Aufständischen nur einen Toten und sieben Verwundete hatten.

Infolge der Ereignisse in Urmia und Andischa hat der englische Generalconsul um Unterstützung von Truppen aus Indien zum Schutze des englischen Konsulats und der englischen Untertanen erucht.

Die politischen Kriege in Teheran und Andischa hat der Gerüchten von Verhandlungen zwischen Persien und Andischa, die tatsächlich stattfinden, doch außerordentlich geheim gehalten werden. Die Gegensätze zwischen Bachtarian und Andischa sind wieder härter. Es besteht eine große Agitation selbst von Bachtarian, Wobammed Ali wieder auf den Thron zu setzen. Schimmar hätte es unter ihm auch nicht werden können. Die Bachtarian veranlassen eine Sammlung für Burudird, das vor zwei Jahren durch ein Erdbeben heimgesucht und jetzt unter einer schrecklichen Hungersnot leidet. Es treffen grauenhafte Berichte von dort ein. Die Protestierenden bereiten sich darnach selbst an Versenden.

Die Wirren in China.

In unterrichteten Kreisen Pekings wird berichtet, daß sich der Hof nunmehr endgültig entschlossen habe, die Forderungen der Revolutionäre anzunehmen und wahrheitsgemäß den am 11. Januar den Republikanern erteilten Entschluß bekannt zu geben. Ein kaiserliches Edikt über die Abkündigung des Thrones wird ebenfalls für die nächsten Stunden erwartet. „Quanchi“ hat neuerdings wieder hoch und heilig versichert, daß er den Präsidentenposten in der neuen Republik auf keinen Fall annehmen werde und daß China nur auf seine Unterstützung rechnen könne, wenn es ein Kaiserreich bleibe.

Aus Peking, dem Wohnsitz des Präsidenten Dr. Sunyatschi, eingetroffenen Nachrichten zufolge, befürchtet dieser seitens der Kaiserlichen einen Anschlag gegen sein Leben. Alle Zugänge zu seiner Wohnung werden durch Hofknechte streng bewacht. Jeder Besucher wird einem eingehenden Examen unterworfen und muß sich bis auf das Hemd entkleiden, um nach Waffen oder Gift durchsucht zu werden. Die Frau des Präsidenten befindet sich mit ihren beiden Söhnen vorläufig noch in Peking und wartet dort den Gang der Ereignisse ab.

Nach einer Meldung des „New-York Herald“ aus Tientsin ist von revolutionärer Seite ein Bombenattentat auf den Vizekönig und den Provinzverwalter in Peking geplant worden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen, ohne daß es bisher gelungen wäre, den Attentäter ausfindig zu machen.

* Die deutsch-englischen Verhältnisse. Der Bischof von Winchester hat gestern in seiner Prälatenrede auf der Bischofskonferenz in Winchester auf die deutsch-englischen Beziehungen zu sprechen. Er sagte, die Gefahr des letzten Jahres sei zwar vorüber, habe aber eine große Spannung zurückgelassen. Die Bürger hätten da nicht ruhig zusehen. Früher habe England viel Respekt gegen Deutschland besessen, und während die Engländer dies zu verstehen suchten, habe es Deutschland England mit Zinsen zurück. Aber er sei gewiß, daß die Völker vorübergehen würden.

Die Schiedsverträge der Union und Deutschland. Der deutsche Reichstag und der Reichstag von Stog votierten am 30. Januar

in New-York Ehrenmitglied des National Free-Clubs. Staatssekretär Ryan behandelte in einer Rede die Schiedsverträge und erklärte, sie seien keineswegs, wie einige irrtümlich annahmen, gegen Deutschland gerichtet, was schon dadurch erwiesen ist, daß er mit dem deutschen Reichstag über einen gleichen Vertrag verhandelt.

* Minister Eisenhach. Nach einer Meldung aus Wien ist der frühere Oberbaumeister Dr. Eisenhach gestern mittig gestorben. Eisenhach war ein österreichischer Baumeister. Der Gemeinderat von Wien nahm einen Antrag an, Eisenhach werde in der Regierung auf die räumliche Regierung dahin einwirken, daß diese mit aller Beschleunigung an die Errichtung von Schlachthäusern an der österreichischen Grenze geht. Zur Einbürgerung von Fleisch aus Rumänien nach Wien erklärte sich die Gemeinde von Wien bereit, einen Beitrag von 40 000 Kronen zu leisten.

* Frankreich. Eine Note der „Agence Havas“ erklärt die Nachricht, der frühere Reichspräsident Gallatas werde in den Verwaltungsrat der Société Générale eintreten und den Vorsitz übernehmen, für unzutreffend.

Zu den französisch-spanischen Verhandlungen schreibt die „Madrid. Correspondencia militar“: Die Armee und das Volk sind einmütig der Ansicht, daß Spanien weder jetzt noch sonst einen vollwertigen Land an der atlantischen Küste gegenüber den Kanarischen Inseln und noch viel weniger in der nördlichen Zone aufgeben darf. Der einzige Punkt, wo eine Gebietsablieferung an Frankreich möglich wäre, ist das Hinterland.

* Spanien. Ein kleines Geschwader von spanischen Zerstörerbooten wird sich nach der Küste im Süden von Tunis begeben, um dort Navigationsübungen vorzunehmen.

* Mexiko. Bischof Hermogen ist wegen Auflehnung gegen einen kaiserlichen Hof durch Befehl des Heiligen Stuhls des Bischofs von Oaxaca entsetzt worden und zum Vorsteher des Schirwächers ernannt worden. Sein Gesandtschaftsgesandter, der Monsignore Priester Ribot, ist zum einfachen Vizebischof ernannt worden.

* Reise des Königs von Montenegro nach Petersburg. König Nikolaus von Montenegro ist am 30. Januar mit seinem jüngsten Sohne, dem Prinzen Peter, und dem Minister des Äußeren nach Petersburg abgereist, um dem Kaiser Nikolaus seine ersten Antrittsbegrüßungen als König von Montenegro abzugeben. Der Kaiser sandte, als er in Cattaro österreichischer Boden betrat, an Kaiser Franz Josef ein Wortchen warmer Sympathie und Verzeigung abgeleitet Begrüßungstelegramm.

* Großer Prozeß gegen Revolutionäre. Vor dem russischen Senat begann am Dienstag unter Ausschluß der Öffentlichkeit der Prozeß gegen 150 Mitglieder der armenischen Revolutionspartei. Zeugen sind geladen.

* Die Taten in Lawrence. Bei einem Zusammenstoß zwischen 200 Syrern und einer Abteilung Miliz im Auslandsdistrikt wurde ein Syriar erschossen und verwundet. Die Miliz sah sich bei dem Kampfe mit den Streifenden genötigt, Geschwulden abzugeben. Die Stadt befindet sich unter dem Standrecht.

* China. Verhandlungen im Gange über den Verkauf der Kaiserlichen Handelsgesellschaften. Die Gesellschaften für die Verhinderung der Werke in Hanjing, der Erzeugnisse in Peking und der Kohlenbergwerke von Singhsang sind eine chinesisch-japanische Gesellschaft. In dieser Gesellschaft werden u. a. die Kaiserlich-japanische Gesellschaft in Wakamatsu und die Kaiserlich-japanische Gesellschaft in den Gwangsien der gegenwärtigen Gesellschaft gehören, Aktionäre werden.

Die Luftschiffahrt.

Flugpläne in rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Die Gemeindevorstellungen von Wanne, Siedel und Heelen haben beschlossen, sich an der neu zu gründenden rheinisch-westfälischen Flug- und Sportluftschiffahrt mit einem Kapital von 150 000 Mk. zu beteiligen. Hauptzweck der Vereinigung ist die Errichtung von Flugplätzen, die für die Luftschiffahrt und Flugmanöver zu dienen. Es ist geplant, das am 1. September 1912 gelegene Gelände des Wälders am Heelen von 400 Morgen, erweiterungsfähig auf 800 Morgen, anzukaufen.

Vermischtes.

Wieviele preussische Orden gibt es?

Der Kaiser hat an seinem Geburtstag drei neue Ordenszeichen, ein goldenes und ein silbernes Verdienstkreuz und eine Bronzemedaille des Allgemeinen Verdienstkreuzes, gestiftet. Wie groß ist nun durch diese Vermehrung die Zahl der preussischen Orden geworden? Und in welchem Rangverhältnis stehen sie zu einander? Das der „Sothe“ Orden vom Schwertorden „Aber“ die oberste Stelle einnimmt, das bekannt vorausgesetzt werden. Im zweiten Grade steht der „Orden pour le mérite“, mit zwei Abteilungen, für Kriegsverdienst und für „Wissenschaft und Kunst“. Es folgt, als dritter, der 1806 gestiftete „Wilhelmorden“, der „herausragende Verdienste um die Wissenschaft und Bereicherung des Volkes im allgemeinen, die Verdienste auf sozialpolitischem Gebiet“, bekannt vorausgesetzt auch an Frauen verliehen wird. Den vierten Platz hat dem ebenfalls vom jetzigen Kaiser, 1901, ins Leben gerufenen „Verdienstorden der preussischen Krone“ angewiesen. Diese vier Orden haben nur je eine Klasse. Der „rote Adlerorden“, der an jeholter Stelle marschiert und ursprünglich ein brandenburgisch-preussischer Orden war, besitzt mit einem Großkreuz und vier Klassen. Vier Klassen hat auch der „königliche Kronenorden“, gestiftet zur Erinnerung an die Krönung Wilhelms I. 1861. Der „königliche Hausorden von Hohenzollern“ ging 1849 aus dem „kaiserlich-hohenzollernischen Hausorden“ hervor und hat ebenfalls zwei Klassen. Der „Johanniterorden“, der ritterliche Orden Ernst Johanns zum „Spital zu Jerusalem“, Kaiser Brandenburg, rangiert an achter Stelle, ist aber eine Ordensgesellschaft, in die nur evangelische Mitleid eintreten können. Der Kaiser ist „höchster Protektor“ und an der Spitze des Ordens steht Prinz Carl Friedrich von Preußen als Ehrenrezeptions; in den einzelnen Kreisen werden die „Kommandanten“, die Ordensgroßen, und es gibt Ehrenritter und „Hofritter“. Nun schließen sich an: neunzehn der „Lützen-Orden“, der nach Vorkrieg der Kaiserin als „höchster Vorsteher“ nur an Damen verliehen wird, und zehn: das „Frauen-Verdienstkreuz“, gestiftet 1907. Hier an erster Stelle steht das „Eiserne Kreuz“, gestiftet 1870 erneuert; es hat Großkreuz und zwei Klassen, aber die Großkreuz sind ausgetrieben. Zweitens: das „Verdienstkreuz für Frauen und Jungfrauen“, gestiftet 1871, dreizehntens, vierzehntens und fünfzehntens: das „Militär-Ehrenkreuz“, das „Kreuz des Allgemeinen Verdienstkreuzes“ und das „Allgemeine Verdienstkreuz“, gestiftet 1870 erneuert; es hat „Kreuz des allgemeinen Verdienstkreuzes“, gestiftet 1868, das „Duppeler Sturmkreuz“, das „Allgemeine Verdienstkreuz“, gestiftet 1864, das „Erinnerungskreuz für 1866“, das „Kriegsdenkmäler für 1870/71“, die „Medaille des großen Kaiserlichen Verdienstkreuzes“, gestiftet am 10. Geburtstag des Kaisers Wilhelm I., die „Gimdenkmedaille“, die „Gannoverische Jubiläumsdenkmäler“ von 1908 und die „Gedächtnisdenkmäler“ von 1907. Rechnet man das „Dienstauszeichnungskreuz“ für 25 jährigen Dienst in der Armee, die „Dienstauszeichnungskreuz“ für 25 jährigen Dienst in der Marine, die „Dienstauszeichnungskreuz“ für 25 jährigen Dienst in der Gemeinde und die „Landwirtschafthausauszeichnungskreuz“ für 25 jährigen Dienst in der Landwirtschaft, so kommen auf den Kaiser 19 Ordenszeichen zu, auf die Kaiserin 18, auf die Prinzessinnen 17, auf die Prinzessinnen 16, auf die Prinzen 15, auf die Prinzessinnen 14, auf die Prinzen 13, auf die Prinzessinnen 12, auf die Prinzen 11, auf die Prinzessinnen 10, auf die Prinzen 9, auf die Prinzessinnen 8, auf die Prinzen 7, auf die Prinzessinnen 6, auf die Prinzen 5, auf die Prinzessinnen 4, auf die Prinzen 3, auf die Prinzessinnen 2, auf die Prinzen 1, auf die Prinzessinnen 0.

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.

Mittwoch Abschieds-Abend des
brillanten vornehmen Parisischen Ensembles.

Wotans Abschied. Die keusche Toinette.
Der kleine König. Sowie zum
60. Male: Los Nr. 33.

Donnerstag, 1. Februar, Premiere.
Infolge des enormen Erfolges reengagiert:

Hallo! Die grosse Revue

Grosse Jahresrevue in 6 Bildern von Julius Freund.

Musik von Paul Lincke. [1874]

In Szene gesetzt von Direktor Fritz Steidl.

Corps de ballet: 30 Damen.
3 grosse Ballets 3.

Anfang 8 Uhr abends. Sonntags 2 Vorstellungen.
— Billetverkauf zur Premiere eröffnet. —

Robert Franz-Singakademie

(musikalische Leitung: Königl. Musikdirektor Alfr. Rahlwes).

Dienstag, den 6. Februar 1912, abends 8 Uhr im
Thalia-Festsaal: Konzertsässige Aufführung des

Barbier von Bagdad

Komische Oper in zwei Aufzügen von
Peter Cornelius.

(Nach der Originalpartitur bearbeitet von Felix Mottl.)

Solisten:
Herr Erik van Horst-Halle a. S. (Bariton).
Herr Rich. Fischer-Berlin (Tenor).
Frau Marg. Bruger-Drews-Halle a. S. (Soprano).
Herr Allice Aschaffenburg-Frankfurt a. M. (Mezzosoprano).
Herr Rich. Fischer-Berlin (Tenor).
Herr Franz Schwarzhalle a. S. (Bass).

Chor:
Diener Nurredins — Freunde des Cadi — Volk von Bagdad —
Klugefrauen die Robert Franz-Singakademie.

Orchester: das vollständige Stadttheater-Orchester.

Eintrittskarten für Nichtmitglieder zu 4.10, 3.10, 2.10
und 1.55 Mark sowie Textbücher à 20 Pfg. und
Erläuterungen à 20 Pfg. in der

Hofmusikalienhandlung Reinhold Koch
Alte Promenade 1a. — Fernspr. 1100.

Soennecken-Federn

Das Beste was die
Schreibfedern-Fabrik
zu leisten vermag

1 Auswahl 25 Pfg. • 1 Gros 0.12 • M. 2.50
F. Soennecken Schreibfedern-Fabrik Bonn
Berlin Treppenstr. 16 • Leipzig Markt 3
Breslau 1910: Grand Prix

Deutsches Kartell, Halle a. S.,

Verband nationaler Vereine.
(Geschäftsstelle: Marienstr. 17, demnächst 1060).

Freitag, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr in den
"Zabalausälen", Geisstrasse 22,
Feier des

200. Geburtstages Friedrichs des Grossen.

Die Feste hält Hr. Grafen Herr Generalleutnant
von Liebert, Nr. 8, über das Thema:

„Friedericianische Zeit und Gegenwart 1756-1912“.

Alle nationalerachteten Männer und Frauen sind
geladen.

Wissenschaftlicher Verband. — Deutscher Pfaffen-
verein. — Deutscher Schmarckenverein. — Deutscher nationaler
Handlungslehrenverband. — Reichsverband gegen die Sozial-
demokratie. — Vaterländischer Arbeiterverein. — Verein für
das Deutschtum im Auslande.

Mozartsaal, Weidenplan 20.

Donnerstag, den 1. Februar, abends 8 Uhr

Vortrags-Abend

von **Ferdinand Rinald.** [1120]

Erste und weitere Dichtungen von Wildenbruch, Baum-
bach, Heine, Ebner-Eschenbach, Ritterhaus, Mosenthal.

Eintrittskarten zu 2.00, 2.10, 1.55, 1.05 in der
Hofmusikalienhandlung von **Heinrich Hothan.**

Für Konfirmanden!

Gesangbücher

in einfachen sowie kostbaren Einbänden
empfehlen sich preiswert

Albin Hentze,

24 Schmeerstrasse 24.

Wintergarten.

Morgen Donnerstag in sämtlichen Räumen
gr. Preis-Maskenball. [1870]

Prämierung der 5 schönsten Damenmasken.
1. Preis: eine Goldene Uhr mit Brillanten (Unterwegs gestiftet).

Billetts sind in den Zigarren-
Handlungen der Herren Welsch
u. Fimmel-Bischhofplatz, Rich.
Heine, Hauptpost u. Gr. Ulrich-
strasse, sowie im Wintergarten
a. Nr. 1, 30, eine Loge Nr. 20 —
zu haben.

Zoo.

Donnerstag, 1. Februar,
abends 8 Uhr [1848]

Gesellschafts-Abend.

Spaziert von
Stadttheater-Gebäude
(Anschliessend Alfred Eismann)
unter Mitwirkung d. Grossböl.
Wiederburg, Doppelpfeiler
Eduard Gübel (Tenor).
Eintrittspreis: 75 Pfg. im
Vorverkauf 40 Pfg. (Sonnstags-
Schein, Helian und Koch und in
den bürgerlichen Kassen 30g.
Geld). (Für Dauer, Abonnemen-
ts-, Vorzugs- u. Vorver-
kaufstarren Prog. 20 Pfg. obli.)

Ritter



Pianos

liberal preisgekrönt
zuletzt
1911 Turin
Grand Prix

Frische Makronen,

pro Pfund 1 Mk. 20 Pfg.
zu haben bei 1401
Carl Koch, Breitenstrasse 1,
Bierplatz im
Turm u. Leibnizstr. 61/62.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.

Seute a. letzten Male: Das große Januarprogramm
mit Dr. Angelo's „Lebendem Marmor“.

Die preisgekrönte Schönheit **Kati Sandwina.**

Letzter Präsentationsabend des „**Präsentkönigs**“.

Ab 1. Febr. täglich abends 8 Uhr: **Sakibiel von**
Conrad Dreher

— Königl. Bayr. Hofschauspieler —
mit seinem aus 30 Darstellern bestehenden Ensemble.

Novität: **Stürmischer Jägerfolg** Novität:
in München, Leipzig, Wien, Prag, Nürnberg etc.

„Wann der Auerhahn balzt“
Wohle m. Gesang in 5 Bildern v. F. Lohm. Musik v. F. Ziegler.
Inszeniert von Direktor **Conrad Dreher.**
Musikdirektion: **Dr. O. Kapp.**

1. Bild: Der falsche Hammerberg. 2. Bild: In der Ausstellung.
3. Bild: Weibmannsöbel. 4. Bild: „Kinematograph“.
5. Bild: Ein Scherzstück.

Verarbeitet Dreher **Conrad Dreher.**
Die neuen Dekorationen nach Entwürfen des Kunstmalers Fritz
Kell entworfen dem Kunststiller von Metzler, München.
Die Kinematographische Fortsetzung der Handlung des Stückes im
IV. Bild: Die Jagdparteiener des Privatiers Dreher sit mit
der Prinzessin Wilhelmine Schürze, München, aufgenommen.
Anfang 8 Uhr. Gewöhnl. Preise! Ende 10 1/2 Uhr.

Eisbahn Ziegelwiese.

Täglich grosse Eis-Konzerte.
Die Kunstfläuter bis abends 9 Uhr.

Gera-R., Schulpensionat Amthor,

für Jünglinge der hiesigen Amthorschen höheren Handelsschule,
Rechenlehre berechnigt zum Eintritt in den höheren Dienst,
wissenschaftliche Kontrolle der Schularbeiten. Große Gebäude, schöner
Garten. Näheres siehe Prospekt.

A. Amthor.

Neu eingeführt! Neu eingeführt!

Pelikan-Caramel-Schwarzbiere

ist reich an Extrakt und Nährstoffen unter Verwendung von bestem
Caramelmalz eingebraut, wodurch dasselbe einen sehr lieblichen,
vollmundigen Geschmack erhält.

Pelikan-Caramel-Schwarzbiere

wirkt nie berauschend oder ermüdend, ist daher allen, die geistig
angestrengt arbeiten oder denen an der Erhaltung und planmässigen
Auffrischung der Kräfte gelegen ist, dringend zum täglichen Genuss
zu empfehlen.

Pelikan-Caramel-Schwarzbiere

ist obergärig eingebraut und fast alkoholfrei, daher nicht zu vergleichen
mit den untergärigen Schwarzbieren, die wohl als wenig Alkohol
enthaltend angepriesen werden, in Wirklichkeit aber selbst mehr
Alkohol enthalten als Lagerbiere.

Pelikan-Caramel-Schwarzbiere

ist erhältlich in fast allen einschlägigen Handlungen.

Preis der Flasche 15 Pfg.
bei 20 Flaschen 2.80 M.
frei Haus.
Proben gratis.

Heinrich Müllers Ww.,

Schwemme-Brauerei.
Gegr. 1718. Fernspr. 1318.

Pa. Untorzeuge
für Damen, Herren u. Kinder.
Gust. Liebermann, Bernburger-
strasse 30.

Neues Theater.

Direktion: E. M. Mautner.

Donnerstag: Mandragola.

Stadttheater in Halle a. S.

Donnerstag, d. 1. Febr. 1912
139. Vert. im Abonn. 3. Viertel.
Zum letzten Male:

Die moderne Eva.

Operette in 3 Akten nach dem
Französischen von G. Offenbach
und Alfred Schinckel. Musik
von Jean Gilbert.

Spielleitung: Carl Stähling.
Musikalische Leitung: W. Meidel.

Personen:
Cassimir Cascadier, R. Stähling
Binche Cascadier, M. Brandon
Nechtanwältin, M. Brandon
Mene, Valerin, M. Brandon
Comille, Dr. med., M. Brandon
(Deren Tochter)

Henry Gubel.
Rechtsanwalt, Fr. Gruell.
Julius Bontgard, W. Kasper.
Binche de la Noche.
Zelle.
Bouquet de Jis, Ge-
richtspräsident, M. Nicolai.
Jean, Diener bei
Bontgard, Emil Süßen
Amele (im Dienste G. Grullus).
Eulanie (Cascaiders Dienstmagd).
Bonnie, Kammergö-
bel der Baronin, Elie Seidel.
Gerichtsdienner, Paul Jungl.
Nach dem 1. u. 2. Akte läng. Pausen.
Aufführung 7 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Ende 10 1/2 Uhr. [1825]

Freitag, den 2. Febr. 1912
141. Vert. im Abonn. 1. Viertel.
Zum 5. Male:

Hofmanns Erzählungen.

Sor und nach dem Theater im
Weinhaus Broskowski
delikate Imbissplatten
zu ganz kleinen Preisen.

Passage-Theater,

Lichtspielhaus,
— Halle, Leipzigerstr. 88. —
Programm-Beispiel
jeden Mittwoch und Sonnabend.
Beginn der Vorstellungen:
Freitagabend präzis 4 Uhr.
Sonntags u. Feiertags „3“
Gr. Ulrichstr. 4/5

Anfertigung eleganter
Damen-Moden
für Gesellschaft und Strasse

Tadellose Ausführung — Solide Preise

Ernst Gollmer und Frau,
Hallemarkt, Ecke Oleariusstr., 11 II.

ARCO,

91 in Meereshöhe, nächst dem
Gardasee, wärmer klimatischer
Winterkurort d. Kaiser-Monarchie,
Palmen-, Orangen- und Oliven-
wäldchen, vollständig wind-
geschützt, staub- und nebelfrei.
Theater. Reunions. Illustr. Prospekt gratis d. dte Kurvorsteherung.

Für die [502]

Masken- u. Ballsaison

empfehle mein reichhaltiges
Perückenlager,
zu allen Trachten passend, für
Damen und Herren
sowie **Gesellschaften.**

Masken-Frisuren
in und ausser dem Hause.

Hans Meyer,

Theater-Frisier am Neuen Theater
sowie am Hebrichschen Konservatorium,
Gannischestr. 15. Fernspr. 2044.

Althee-Bonbons,

von vorzüglicher Wirkung gegen
Küsten- und Reiserüden.
A Packet 20 u. 25 Pfg. empfiehlt
Joh. Mitlacher, Post-
strasse 11.

Kaiser-Panorama.

Das malerische
Salzkammergut.

Privat-Mittagstisch

Schmeerstrasse 5 II.
Mit 2 Belegten.

Für die Inserate verantwortlich: Paul Reichen, Halle a. S., Telephon 158.

Gedenktage.

1. Februar.

- 1733. August der Starke, Kurfürst von Sachsen und König von Polen, gestorben.
- 1800. Das erste Missionsseminar in Deutschland wird in Berlin eröffnet.
- 1814. Sieg Blüchers über Napoleon bei La Rothière.
- 1868. Das preussische Abgeordnetenhaus nimmt den Gesetzentwurf, die Entschädigung der entthronten Fürsten betreffend, an.
- 1872. Der Schauspieler Augustin Dawson gestorben.
- 1882. Sanibar wird freigesprochen.
- 1906. Der Landeshauptkammerer Oswald Hebenbach gestorben.
- 1909. König Carlos und Kronprinz Ludwig Philipp von Portugal ermordet.

Tagesspruch: Viele Antworten und Wegweiser sind schlimmer als keine.
Willibald Hegels.

**17. ordentliche Vollversammlung
der Landwirtschaftskammer für die
Provinz Sachsen.**

Halle a. S., 31. Januar 1912.

III.

Der heutigen Tagung wohnte der Herr Oberpräsident Eggenloff von Hegal ebenfalls bei.

Die ersten drei noch in Aussicht genommenen Vorträge wurden von den Herren Dr. Raebiger-Halle und Gutsbeifer Weydemann-Sorgitz über: **Das neue Viehseuchengesetz und Stellungnahme zu dem insolge dessen seitens der Provinzialverwaltung aufgestellten Entwurf einer Viehseuchengesetzgebung für die Provinz Sachsen** gehalten. Herr Dr. Raebiger sprach hauptsächlich über die Bestimmungen des Viehseuchengesetzes. Zu den Erfordernissen des Viehes, die nach dem alten Gesetz angelegt sind, tritt eine Anzahl neuer; so insbesondere die Angelegenheit bei Erkennung der Tuberkulose, für die Provinz Sachsen auch beim Ausbruch der Borna'schen Krankheit der Pferde, dann bei der Geflügelcholera usw. Das neue Gesetz bringe für die Provinz Sachsen außer den Entschädigungen für die Verluste auch Entschädigungen für den Milzbrand. Für die Bedeutung der Bekämpfung der Tuberkulose ist ganz besonders hervorzuheben, daß abgesehen von der Entschädigung bei äußerer Tuberkulose, eine Entschädigung bei offener Tuberkulose nur dann gewährt wird, wenn der Viehbesitzer bereits auf privatem Wege Schritte unternommen hat zur Bekämpfung der Tuberkulose mit staatlich anerkannten Mitteln.

Als zweiter Vortragender erörterte Herr Gutsbeifer Weydemann-Sorgitz den von der Provinzialverwaltung aufgestellten Entwurf einer Viehseuchengesetzgebung für die Provinz Sachsen. Da die Borna'sche Krankheit nur an einigen Orten im Merseburger Bezirk auftritt, so nimmt man gegen die Entschädigung, daß die ganze Provinz Sachsen entseuchungspflichtig sein soll, eine ablehnende Stellung ein. Die Ausführungen des Vortragenden毕ßelten in folgender, einstimmig angenommenen Entschädigung:

Die 17. ordentliche Plenarversammlung begrüßt es, daß seitens des Provinzialausschusses die von der Landwirtschaftskammer geäußerten Wünsche bei der Feststellung einer Viehseuchengesetzgebung für die Provinz Sachsen berücksichtigt worden sind, und erklärt sich für den vorliegenden Entwurf im allgemeinen einverstanden. Vor allem erkennt sie an, daß es im Interesse der Landwirtschaft liegt, wenn in dem Entwurf über die reichs- und landeseigentlich vorgeschriebene Entschädigungspflicht hinaus Entschädigungen gewährt werden sollen für: a) an Milzbrand gefallene Schafe, b) die Folgen unrechtmäßiger Diagnose bei Milzbrandfällen im allgemeinen, c) an Maul- und Klauenseuche erkrankte und verendete Kinder und mehr als drei Monate alte Schweine und d) die Schäden, welche durch auf Ansuchen des Landeshauptmanns angeordnete polizeiliche Impfung der Schafe zum Schutze gegen Milzbrand, bei allen übrigen Tiergattungen zum Schutze gegen Maulbrand, Wühl- und Hinderseuche, Maul- und Klauenseuche oder Tollwut entstanden sind, namentlich auch deswegen, weil die für die Entschädigung der Schafe und Schweine erforderlichen Mittel nach § 6 Abs. 1 aus allgemeinen Provinzialmitteln genommen werden sollen. Mit besonderer Verurteilung nimmt sie auch davon Kenntnis, daß durch die Zahlung der Landeshauptmann ermächtigt ist, im Interesse der Bekämpfung der neueren Verbreitung der Maul- und Klauenseuche die Beschaffung ganzer Rindviehbestände anzuordnen und für diese Verluste eine entsprechende Entschädigung zu gewähren.

Hierauf sprach Herr Tierärztenspezialist Dr. Mommse-Halle a. S. an Stelle des verstorbenen Herrn Veterinärmedizinalrathes Dr. Raebiger über **Die auf Grund der Anträge der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer erlassene Polizeiverordnung, betr. die Hengst- und Stierfütterung**. Der Redner berief sich dem Herrn Oberpräsidenten dafür, daß dieser in der Polizeiverordnung die Wünsche der Kammer berücksichtigt habe, so daß man mit dieser Verordnung wohl zufrieden sein dürfte. Vor allem sei es zu begrüßen, daß eine einheitliche Rindfleischprüfung eingeführt worden ist. Wenn ein einheitlicher Rind nicht bestimmt werden soll, so ist aber nicht zu verkennen, daß das bei der ausgebreiteten Lage unserer Provinz sehr schwierig sein würde. Dagegen wird die Stierfütterung viel böses Blut erregen. Es komme darauf an, daß das Vullenhaltungsgesetz folgerichtig angewendet werde. Man solle nach dem Vorgange des Landrats von Mühlhausen gemeindeverweise sämtliche Viehbesitzer eine Steuer zur Vullenhaltung auferlegen. Der Herr Oberpräsident soll gebeten werden, in den Ausführungsbestimmungen zur Verordnung zu veranlassen, daß die Kosten der Vullenhaltung den Gemeinden auferlegt werden. Ferner sollen die Gemeinden da, wo Vullen gehalten werden, befristet sein, dem Landratsamt davon Mitteilung zu machen. Herr Antsack Braune schlägt vor, daß statt der Stierfütterung gefügt wird Vullenfütterung, um Vermeidung von geschäftlichen Streit vorzubeugen. — Der Herr Oberpräsident bemerkte, daß sowohl der Antrag des Herrn Antsack Braune wie dem Erfinder, daß die Gemeinden berechtigt sein sollen, den Viehbesitzern eine Steuer zur Fütterung eines Bullens aufzuerlegen, wohl einzuwenden werden könne. Die Polizeiverordnung werde von der Vullenfütterung sprechen und die Herren Rindbesitzer würden angewiesen werden, daß sie die Gemeinden zur Erhebung von Beiträgen von den Viehbesitzern veranlassen. Es wurden auch von anderer Seite noch Wünsche und Anregungen, die sich auf Einzelheiten beziehen, geäußert. Am Schluß wurde nachstehende Entschädigung angenommen:

Die 17. ordentliche Plenarversammlung nimmt mit Genehmigung davon Kenntnis, daß ihren Beschlüssen vom 21. bis 25. Januar 1911 entsprechend Polizeiverordnungen, betreffend die Hengst- und Stierfütterung, für den 1. April 1912 in Aussicht

genommen sind. Sie beschließt, die Ausführungen des Herrn Oberpräsidenten dem Herrn Oberpräsidenten mit der Bitte zu unterbreiten, diese beim Erlass der Ausführungsbestimmungen tunlichst berücksichtigen und für eine angemessene Aufbringung der Mittel seitens der Beteiligten eintreten zu wollen.

Eine kritische Beleuchtung der Schäden, die der Landwirtschaft der Provinz Sachsen aus der zunehmenden Entzündung von Industrie und Bergbau erwachsen, unter besonderer Berücksichtigung der Verletzung der Flüsse erfolgte zum Schluß von den Herren Professor Dr. Müller und Sanitätsrat Dr. Erbsa-Halle a. S. Herr Prof. Dr. Müller erörterte insbesondere die Rauchschadensquellen, die Eisenbahnen, Schlackenwerke bilden, die große Mengen schädlicher Gase in die Luft entlassen. Diese Gase wirken äußerst nachteilig auf das Wachstum der Pflanzen ein. Besonders treten diese Wirkungen hervor in den Industriegebieten Rheinland, Westfalen, Schlesien, im Königreich Sachsen, aber auch in der Provinz Sachsen. Kleine Landwirte werden unter Umständen dadurch ruinirt, denn Gase, welche nachteiligen Folgen Entlangungen der Gortkultur nach sich ziehen, als Vorbeugungsmittel gegen solche Rauchschadungen dienen Raucherbrennungsrichtungen, die mindestens bei Neuanlagen vorgeschrieben werden sollten. Weiter behauptet der Vortragende die nachteiligen Folgen der Abwässer. Die Abwässer sind die Zerstörer des Wassers für die angrenzenden Gebirgen, welche nachteiligen Folgen Entlangungen der Gortkultur nach sich ziehen, als Vorbeugungsmittel gegen solche Rauchschadungen dienen Raucherbrennungsrichtungen, die mindestens bei Neuanlagen vorgeschrieben werden sollten. Weiter behauptet der Vortragende die nachteiligen Folgen der Abwässer. Die Abwässer sind die Zerstörer des Wassers für die angrenzenden Gebirgen, welche nachteiligen Folgen Entlangungen der Gortkultur nach sich ziehen, als Vorbeugungsmittel gegen solche Rauchschadungen dienen Raucherbrennungsrichtungen, die mindestens bei Neuanlagen vorgeschrieben werden sollten.

Herr Dr. Erbsa behauptet die rechtliche Seite dieser Angelegenheit. Die gesetzlichen Bestimmungen, Rauchschadens-Entschädigungen betreffend, seien im allgemeinen ausreichend, es komme aber auf die Wahl richtiger Sachverständiger an. Die Entschädigungen in Nachstreitigkeiten, die den Bergbau betreffen, dauern oft Jahre lang. Schwierig seien die Prozesse, die gegen die Schadigen sich richten, welche der Bergbau durch Haftensziehung veranlaßt hat. Es empfiehe sich, in das Berggesetz die Bestimmung aufzunehmen, daß bei Grundwasser-

Weiss-schwarze Woche!

Von Donnerstag, den 1. Februar, bis Mittwoch, den 7. Februar.

10% Rabatt trotz unserer anerkannt billigen Preise

Konfirmation und für **Braut-Ausstattungen.**

10% Rabatt trotz unserer anerkannt billigen Preise

auf sämtliche weisse und schwarze wollene Kleiderstoffe, Seide, weisse gemusterte und glatte Muller und Batiste, halbfertige Roben und Blusen, weisse und schwarze Besätze, weisse, Crème- und Elfenbein-Gardinen, Tragen, Tüllbetdecken, Gardinen-Mulle, Fensterspitzen, Hemdentuche, Renforcés, Dowlas, Louisiana-tuche, Leinen, Halbweinen, Bettlamaste und Satins, weisse Piqué- und Körper-Barchente, Damen-, Herren- und Kinder-Wäsche, weisse Tischtücher, Servietten, Handtücher, Taschentücher, Kaffeegedecke, Frotterhandtücher und -Laken, Betttücher und Bettdecken, weisse und schwarze Jabots, Rüschen, Krage, Kapotten, Mützen, Ballschals, Spitzen- und Spitzenstoffe, Strümpfe, Handschuhe und Krawatten, Schirme, weisse u. schwarze Damen-Blusen, Jacketts, Paletots, Golfjacken, Kostüme, Kleider u. Röcke.

Geschäftshaus J. LEWIN
Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Unsere Schaufenster sind sehenswert!

